Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Nr. 278/2026
Kiel, 20.10.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Tag der unsichtbaren Behinderungen: Verständnis allein reicht nicht

Zum heutigen Tag der unsichtbaren Behinderungen weisen Sozialverbände auf die besonderen Schwierigkeiten hin, mit denen Menschen mit nicht sichtbaren Einschränkungen im Alltag konfrontiert sind. Sie fordern mehr Anerkennung, Verständnis und Unterstützung. Hierzu erklärt der Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion, Christian Dirschauer:

„Eine Behinderung muss man nicht sehen können, damit sie das ganze Leben prägt. Ob chronische Schmerzen, psychische Erkrankungen, Erschöpfungssyndrome oder Hörbehinderungen: Viele Betroffene müssen nicht nur mit ihren Einschränkungen leben, sondern sich auch noch ständig dafür rechtfertigen. Beim Arzt, beim Arbeitgeber, auf dem Amt und sogar im eigenen Umfeld. Das ist eine zusätzliche Belastung, die wir als Gesellschaft viel zu oft übersehen.
Deshalb ist es richtig und wichtig, heute mehr Aufmerksamkeit für diese Menschen einzufordern. Aber Verständnis allein reicht nicht. Es bezahlt keine Hilfsmittel, beseitigt keine Barrieren und hilft auch nicht gegen langwierige Verfahren, in denen Betroffene um ihre berechtigten Ansprüche kämpfen müssen. Wer Inklusion ernst meint, muss dafür sorgen, dass gesellschaftliche Teilhabe auch tatsächlich möglich wird.
Wie weit Anspruch und Wirklichkeit in Schleswig-Holstein auseinanderliegen, hat sich erst kürzlich im Landtag gezeigt. Seit Jahren kämpfen wir als SSW für

die Einführung eines Landesgehörlosengeldes. Denn auch gehörlose Menschen tragen im Alltag zusätzliche Kosten und müssen zahlreiche Hürden überwinden, die für Hörende gar nicht existieren. Unser Gesetzentwurf sollte ihnen endlich einen pauschalen finanziellen Nachteilsausgleich ermöglichen.
Doch CDU und Grüne haben diesen Vorstoß abgelehnt. Nicht einmal zu einer mündlichen Anhörung oder einem Fachgespräch mit Betroffenen waren sie bereit. Weil ohnehin kein Geld dafür da sei. Das ist für mich bis heute unbegreiflich.
Wir reden ständig davon, Menschen mit Behinderungen stärker wahrzunehmen und ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen. Aber wenn diese Menschen konkrete Unterstützung brauchen, werden sie mit Verweis auf die Haushaltslage abgewiesen.
Der heutige Tag sollte uns deshalb auch daran erinnern, dass Inklusion keine Frage wohlklingender Bekenntnisse ist, sondern konkreter politischer Entscheidungen. Menschen mit Behinderungen brauchen keine Sonderbehandlung. Sie brauchen faire Chancen, verlässliche Unterstützung und einen Staat, der ihre Lebenswirklichkeit ernst nimmt.
Für den SSW bleibt deshalb klar: Das Landesgehörlosengeld muss kommen. Und auch bei anderen nicht sichtbaren Behinderungen müssen wir genauer hinsehen, bestehende Hürden abbauen und den Zugang zu Unterstützung erleichtern.
Denn Teilhabe darf nicht davon abhängen, ob man einem Menschen seine Behinderung ansieht.“